

Erneuerbare Energien

# Die Verbraucher im Würgegriff der Konzerne

**20 Milliarden Euro hat der Energiekonzern RWE in den drei Jahren nach seinem Börsengang 2003 an Gewinn verbuchen können. Ähnlich hoch waren und sind die Profite der anderen drei deutschen Energiegiganten E.ON, Vattenfall und EnBW – bis zu sieben Milliarden Euro pro Jahr.**

Aber das reicht den deutschen Energiebossen noch lange nicht. Ihre Gier nach Abzocke scheint unersättlich. Denn die Strom- und Gaspreise steigen immer noch nach oben. Aber ganz allmählich formieren sich Widerstand: Bürger steigen auf alternative Energiequellen um, klagen vor Gericht gegen Preiserhöhungen, zahlen ihre Stromrechnungen nicht mehr oder schließen sich zu Genossenschaften zusammen, um selbst billiger Energie einzukaufen.

Die Politik ist dabei häufig nicht auf Seiten der Bürger, sondern auf der Seite der großen Energie-Besatzmächte, die Deutschland im Würgegriff halten. Kanzler Schröder zum Beispiel holte den Energiemanager Werner Müller in sein Kabinett und dieser erlaubte die Fusion von E.ON mit der Ruhrgas AG gegen den Willen der Kartellbehörde. Nach seiner Regierungszeit wurde Werner Müller wieder Energiemanager- und zwar bei einem Tochterunternehmen jenes Energiekonzerns, dem er die Großfusion genehmigen ließ. Auch unter der Kanzlerschaft Angela Merkel führen Energielobbyisten im Parlament Regie bei der Energiepolitik, aber sie sitzen jetzt wenigstens bei den „Energiegipfeln“ nicht mehr allein mit der Regierungschefin am Runden Tisch. Doch nach wie vor bestimmt das Energiekartell den Strompreis an der Leipziger Strombörse. Die EU-Kommissarin für Wettbewerb, Neelie Kroes, über die Dreistigkeit der deutschen Energiekonzerne in der ZDF-Sendung „Frontal21“ am 14. August 2007: „Wir haben den Verdacht, dass die etablierten Energiekonzerne ihre Marktstellung ausnutzen und gegen Regeln und Gesetz verstoßen.“

Deutschland hat sich der Marktwirtschaft verschrieben, aber in der Energiewirtschaft herrschen Monopole, die das Land wie Besatzungszonen unter sich aufgeteilt haben. Der SPD-Energiepolitiker und Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer: „Die Energiekonzerne benehmen sich wie ein Staat im Staat.“ Sie haben geradezu mafiose politische Strukturen organisiert. Formal ist Energiewirtschaft liberalisiert, doch in Wirklichkeit monopolisiert. Vor der Liberalisierung Ende der 90er Jahre gab es in Deutschland acht Stromriesen, heute sind es vier.

Selbst der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Jürgen Basedow, nennt Deutschland eine „Bananenrepublik“, wenn er über die deutsche Energiepolitik spricht. Deutschland ist im Würgegriff des Energiekartells. Neue Anbieter haben kaum Chancen, die großen Konzerne bestimmen die Regeln.

Schon bevor die Politik in die Preisgestaltung der Energiekonzerne einzugreifen versucht, drohen diese mit „enormen wirtschaftlichen Konsequenzen“- wie es E.ON in einem Schreiben an den Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Adamowitsch getan hat. Eine staatliche Preiskontrolle der Ferngasleitungen sei „nicht akzeptabel“.

Die ZDF-Kollegen von „Frontal21“ zeigten ein vertrauliches Papier der vier großen Stromanbieter an die Politik: Investitionen in das Gas- und Stromnetz würde „unter Inkaufnahme von Risiken für die Versorgungssicherheit gestrichen oder verschoben“, wenn die Konzerne künftig auf ihre Riesengewinne verzichten müssten. Das Wirtschaftsministerium ging – wie gewünscht – in die Knie.

In einem Entwurf für die „Ermittlung der Netznutzungsentgelte“ werden Formulierungen von RWE wörtlich übernommen. In den Fußnoten heißt es mehrmals „wörtlich RWE“. Auch E.ON michte bei der Formulierung der Gestzestexte kräftig mit. ZDF-Moderator Theo Koll: „Die mächtige E.ON hatte den Politikern fertig formulierte Gesetzestexte auf den Tisch gelegt. Maßgeschneidert zum maßlosen Geldverdienen.“

Was meine ZDF-Kollegen hier für das Jahr 2005 aufgezeigt haben, ist nicht neu, Genauso oder so ähnlich treiben es die Energie-Besatzungsmächte seit Jahrzehnten. Und seit Jahrzehnten verabschieden Mehrheiten im Deutschen Bundestag Gesetze, die von den Energiekonzernen vorformuliert worden sind. Diese Methoden erinnern eher an Mafia-Einflüsse als an gelebter Demokratie.

Herman Scheer, einer der wenigen SPD-Politiker, die sich seit über 20 Jahren den Energiemonopolisten entgegenstellen, spricht vom „Prinzip legalisierter Korruption“.

Scheer: „Legalisierte Korruption heißt: Bezahlt wird durch die Anschlusstätigkeit nach Beendigung des politischen Amtes“. Dieses Prinzip gilt nicht nur für Werner Müller und seinen ehemaligen Staatssekretär Alfred Tacke, sondern auf kommunaler Ebene auch für viele ehemalige Landräte und Oberbürgermeister. Herman Scheer wurde in der „Frontal21“ – Sendung im August 2007 gefragt, ob er Namen für das Prinzip „Legalisierte Korruption“ nennen könne. Seine Antwort: „Wenn ich jetzt Namen nenne, wird mir vorgeworfen, wen ich alles vergessen habe.“ Die ZDF – Kol-



legen nannten dann Namen, die viele Journalisten auch kennen, aber leider in diesem Zusammenhang viel zu selten publizieren.

**Beispiele:**

- Walter Hohefelder, Referatleiter für Reaktorsicherheit in der Kohl-Regierung. Heute ist er Vorstand von der E.ON-Energie.
- Joachim Pfeiffer, früher Mitarbeiter der Energieversorgung Schwaben (heute EnBW). Jetzt ist er energiepolitischer Koordinator der CDU im Bundestag. Im letzten Bundestagswahlkampf ließ er sich von der EnBW sponsern.
- Bruno Thomanske, zuständig für nukleare Entsorgung im Bundesamt für Strahlenschutz. Er wechselte zu Vattenfall als Chef der Atomsparte.
- Tina Zerul, die als Lobbyistin von E.ON eine besonders elegante Karriere machte. Ihr Konzern schickte sie ins Auswertige Amt. Dort arbeitet sie ein Jahr lang im Planungsstab, wurde aber von E.ON bezahlt. Praktischerweise kehrte sie im Juni 2007 wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurück.
- George Wilhelm Adamowitsch, Lobbyist bei VEW – heute RWE. Er wird Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, verantwortlich für Energiepolitik.
- Laurenz Meyer, früher Generalsekretär der CDU und beschäftigt bei einer RWE-Tochter, heute wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU im Bundestag.
- Wolfgang Clement. Der frühere Wirtschaftsminister unter Gerhard Schröder ist heute Aufsichtsrat bei RWE Power.
- Gert von der Groeben, früher Energie-Referent der SPD-Fraktion, heute Ge-

neralbevollmächtigter der E.ON.  
 • Reinhard Schultz, SPD-Bundestagsabgeordneter und gleichzeitig Aufsichtsrat bei Vattenfall.

Die Energiewirtschaft hat viele einflussreiche Freunde in einem Parlament, in dem jeder Volksvertreter nach Artikel 38 des Grundgesetzes nur „seinem Gewissen verantwortlich“ ist. Diese sehr unvollständige Liste macht deutlich, dass die beiden großen Parteien der Bundesrepublik am Topf der alten Energiewirtschaft hängen wie ein Junkie an der Nadel – verfilzt und zugenäht. Die skandalös die deutsche Energiepolitik funktioniert, zeigt ausgerechnet eine Maßnahme, die ursprünglich dem Klimaschutz dienen sollte, aber den vier Energieriesen zusätzlich Milliarden Euro in die Kassen spülte. Sie zahlen nicht für Klimaverschmutzung, sondern sie verdienen Geld damit.

Jedes Kraftwerk, welches das Treibgas CO<sub>2</sub> in die Luft bläst, müssen seit einigen Jahren sogenannte Verschmutzungsrechte bezahlt werden. Soweit ganz vernünftig. Denn die Politik erhoffte sich, dass die Energieversorger viel Geld investieren, um weniger Treibhausgase zu emittieren.

**Doch wieder einmal beugte sich die Politik dem Druck der Energieversorger**

Sie verschenkt die Verschmutzungsrechte im Wert von bis zu acht Milliarden Euro pro Jahr. Doch die Energiegiganten schlagen den Wert der Verschmutzungsrechte einfach auf den Strompreis drauf, obwohl sie nichts dafür bezahlen mussten. Allein damit verdienen sie mehr Geld. Als sie für die Förderung der Erneuerbaren Energien bezahlen müssen. Tatsächlich bezahlen müssen wieder einmal die Verbraucher. Die Energiewirtschaft verdient also noch Geld mit der Klimaverschmutzung. Je schmutziger ein Kraftwerk für E.ON und Konsorten, desto preiswerter. Eine absurde Logik. Auch deshalb wollen die alten Energieversorger 45 neue Kohlekraftwerke bauen. Für die besonders klimaschädliche Braunkohle gibt es besonders viel Verschmutzungsrechte –

kostenlos. Das alles ist ein besonders absurdes Stück aus dem „politischen Tollhaus Berlin“ – wie der Umweltwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker seine acht Jahre Erfahrung als Bundestagsabgeordneter bezeichnet. Oder Reinhold Messner seine Erkenntnisse als Europaabgeordneter: „Diese Art von Politik ist eine irre Maschine zur Vernichtung von Geld und Ideen.“

Die Energiekonzerne setzen bei Kohle- und Atomkraft noch immer auf Technik von gestern. Sie werden es tun, solange wir Verbraucher sie dafür bezahlen. In ihrer maßlosen Gier ist die Viererbande der deutschen Energiewirtschaft auch bereit, die Existenz tausender mittelständiger Unternehmen aufs Spiel zu setzen. In ihrer Gier nach Macht, Geld und Größe setzt sich das Energiekartell über jede Moral in der Wirtschaft und über Gestze in der Politik hinweg und reißt jede Hürde sozialer Verantwortung nieder, Dass sich gegen diese hemmungslose Gier der Großen jetzt auch Widerstand von unten organisiert, macht Hoffnung.

Die ersten drei Millionen Verbraucher sind in Deutschland bis 2008 bereits auf Erneuerbare Energien umgestiegen. Jahr für Jahr werden wir dem Energiekartell ein Prozent ihres Geschäfts nach dem anderen abnehmen müssen bis wir die solare Energiewende zu 100% organisiert haben.

Funktionieren kann die Energiewende freilich nur durch mehr wirklichen Wettbewerb. Teile der Hoffnung beruhen auf Politikern wie Hermann Scheer oder der EU-Kommissarin Neelie Kroes, welche die Strukturen der alten Energiewirtschaft zerlegen wollen. Kroes: „Netze und Erzeugung müssen getrennt werden. Nur so gibt es mehr Wettbewerb. Nur so zahlt der Verbraucher weniger.“

Kroes und Scheer sind mutig – aber die Macht der Energiekonzerne ist noch riesig.

Zur Energiewende gehört freilich auch die Verkehrswende. Und diese wird noch schwieriger zu bewerkstelligen sein.



Fotos: pixelio.de

FRANZ ALT

Sonnige Aussichten

**Sonnige Aussichten  
Wie Klimaschutz  
zum Gewinn für  
alle wird**

Gütersloher Verlagshaus